Absender: _____

_____

_____

Landkreis Saalekreis
Ordnungsamt, Öffentliche Ordnung
Domplatz 9
06217 Merseburg

Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 34h Abs. 1 Gewerbeordnung (GewO)

Antragsteller/in: Natürliche Person/ Geschäftsführender Gesellschafter einer Personengesellschaft (z. B. GbR, OHG)

1. Antragsteller/in

Familienname		Vorname (Rufname bitte unterstreichen)
Geburtsname (nur bei Abweichung)		Geburtsdatum
Geburtsort		Staatsangehörigkeit
Anschrift derzeitiger Hauptwohnsitz (Straße, Hausnummer)		
PLZ		Ort
Telefon *)	Fax *)	E-Mail *)

Hauptwohnsitze in den letzten fünf Jahren (von – bis: Straße, Hausnummer, PLZ, Ort):

2. Angaben zum Unternehmen

2.1.

Ggf. Unternehmensbezeichnung bzw. im Handelsregister eingetragener Name mit Rechtsform (nur auszufüllen, soweit Eintragung vorliegt)		IHK Ident-Nr. (soweit vorhanden)
Handelsregistergericht und -nummer (nur auszufüllen, soweit Eintragung vorliegt)		
Straße, Hausnummer der Hauptniederlassung		
PLZ	Ort	
Telefon *)	Fax *)	E-Mail *)

Gewerbliche Niederlassungen in den letzten fünf Jahren (von – bis, Straße, Hausnummer, PLZ, Ort):

2.2 Stellen Sie eine/n Betriebsleiter/in ein oder wird eine Zweigniederlassung Ihres Betriebes von einem/einer Beauftragten geleitet?

nein ☐

ja ☐ Falls ja, bitte Name, Vorname und Wohnanschrift angeben:

_____

3. Angaben zum Umfang der Erlaubnis

Beantragt wird die Erlaubnis als Finanzanlagenvermittler nach § 34h Abs. 1 S. 1 GewO für die Beratung und Vermittlung von

☐ Nr. 1 Anteilen oder Aktien an inländischen offenen Investmentvermögen, offenen EU-Investmentvermögen oder ausländischen offenen Investmentvermögen, die nach dem Kapitalanlagegesetzbuch vertrieben werden dürfen

☐ Nr. 2 Anteilen oder Aktien an inländischen geschlossenen Investmentvermögen, geschlossenen EU-Investmentvermögen oder ausländischen geschlossenen Investmentvermögen, die nach dem Kapitalanlagegesetzbuch vertrieben werden dürfen

☐ Nr. 3 Vermögensanlagen im Sinne des § 1 Absatz 2 VermAnlG

4. Angaben zu Zuverlässigkeit und Vermögensverhältnissen

4.1 Angaben zu anhängigen Straf-, Bußgeld- oder Gewerbeuntersagungsverfahren in den letzten fünf Jahren:

Ist oder war gegen Sie oder den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten ein Strafverfahren anhängig?

☐ ja ☐ nein

Wird oder wurde gegen Sie oder den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten ein Bußgeldverfahren wegen Verstößen bei einer gewerblichen Tätigkeit betrieben?

☐ ja ☐ nein

Ist oder war gegen Sie oder den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten ein Gewerbeuntersagungsverfahren anhängig?

☐ ja ☐ nein

Wenn vorstehend ja, bei welcher Staatsanwaltschaft, welchem Gericht oder welcher Behörde?

_____

4.2 Angaben zu den Vermögensverhältnissen

Ist über Ihr Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet

☐ ja ☐ nein

oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt worden?

☐ ja ☐ nein

Haben Sie eine eidesstattliche Versicherung abgegeben oder

☐ ja ☐ nein

liegt eine entsprechende Haftanordnung vor?

☐ ja ☐ nein

5. Angaben zu gewerberechtlichen Erlaubnisverfahren:

Haben Sie bereits bei einer anderen Stelle einen Antrag auf Erlaubnis nach § 34h Abs. 1 S. 1 GewO gestellt?

nein ☐

ja ☐ Falls ja, bei welcher Stelle:

_____

Sind Sie bereits im Besitz einer weiteren Erlaubnis zur Ausübung einer gewerblichen Tätigkeit (z. B. nach §§ 34c, 34d, 34e GewO) oder haben Sie eine solche Erlaubnis beantragt?

nein ☐

ja ☐ Falls ja, welche Erlaubnis, Ausstellungsdatum und zuständige Stelle:

_____

6. Erforderliche Unterlagen

Für die Bearbeitung des Antrags sind folgende Unterlagen erforderlich:

6.1 Auskunft aus dem Bundeszentralregister zur Vorlage bei einer Behörde (Belegart 0)

- für den/die Antragsteller/in und, soweit vorhanden,
- den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten

☐ beauftragt am _____ ☐ wird nachgeholt

6.2 Auskunft aus dem Gewerbezentralregister zur Vorlage bei einer Behörde (Belegart 9)

- für den/die Antragsteller/in und, soweit vorhanden,
- den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten

☐ beauftragt am _____ ☐ wird nachgeholt

Hinweis: Die Auskünfte sind bei der Wohnsitzgemeinde zur Vorlage bei einer Behörde zu beantragen, d. h. sie werden direkt übersandt. Es ist unerlässlich, dass Sie bei der Beantragung die genaue Anschrift der zuständigen Erlaubnisbehörde sowie den Verwendungszweck „Antrag auf Erlaubnis nach § 34h Abs. 1 S. 1 GewO“ angeben. Die Auskünfte dürfen nicht älter als drei Monate sein.

6.3 Bescheinigung in Steuersachen des Finanzamtes

- für den/die Antragsteller/in und, soweit vorhanden,
- den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten

Hinweis: 1. Die Bescheinigung darf nicht älter als drei Monate sein und ist im Original zu vorzulegen.

6.4 Auszug aus dem Schuldnerverzeichnis des Vollstreckungsgerichts (§ 882b ZPO) sowie Auskunft des Insolvenzgerichts, ob Verfahren eröffnet wurde.

6.5 Bescheinigung über den Bestand einer Vermögensschadenhaftpflicht-versicherung für die natürliche Person sowie Personenhandelsgesellschaften, in denen diese tätig ist, nach § 34h Abs. 1 GewO, §§ 9 ff. FinVermV

6.6 Sachkundenachweis für Finanzanlagenvermittler durch Nachweis

- der erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung gemäß § 34h Abs. 1 GewO, §§ 1 ff. FinVermV,
- einer gleichgestellten Berufsqualifikation gemäß § 4 der FinVermV,

Hinweis: Soweit Berufserfahrung zu belegen ist, reichen Sie bitte die Nachweise in Kopie ein.

6.7 Auszug aus dem Handelsregister, soweit Eintragung vorliegt (aktuelle Kopie)

Datenschutzrechtlicher Hinweis:

Die erfragten personenbezogenen Daten werden zur weiteren Bearbeitung benötigt. Ihre Erhebung erfolgt gemäß § 13 Bundesdatenschutzgesetz, den einschlägigen landesrechtlichen Datenschutzvorschriften und § 34f GewO.

☐ Ich bestätige mit meiner Unterschrift, dass ich das Hinweisblatt zum Datenschutz in Kopie erhalten habe.

☐ Ich verzichte auf eine Aushändigung der Kopie des Hinweisblattes zum Datenschutz und bestätige mit meiner Unterschrift, dass ich den Inhalt zur Kenntnis genommen habe.

Ich versichere die Richtigkeit der vorstehenden Angaben.

Ort, Datum Unterschrift

_____ _____

*) freiwillige Angaben

Informationen

nach Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung
(DS-GVO)

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung	Ansprechpartner
Landkreis Saalekreis Der Landrat Domplatz 9 D-06217 Merseburg Tel.: +49 3461 40-0 Fax: +49 3461 40-1155 E-Mail: info@saalekreis.de	Landkreis Saalekreis Ordnungsamt, SG Öffentliche Ordnung Gewerbeangelegenheiten Domplatz 2 06217 Merseburg Tel.: +49 3461 40 1211 Fax: +49 3461 40 1218 E-Mail: ordnungsamt@saalekreis.de
Kontaktdaten des behördlichen Datenschutzbeauftragten	
Datenschutzbeauftragter Landkreis Saalekreis	Telefon: 03461 40 – 2828 E-Mail: datenschutzbeauftragter@saalekreis.de

Zweck der Datenverarbeitung:

Es werden die im Antrags – bzw. Registerformular nach § 34f, h und i GewO erhobenen personenbezogenen Daten verarbeitet. Sie dienen der Durchführung von Erlaubnisverfahren, der Überwachung der Gewerbeausübung, der Beurteilung der Zuverlässigkeit und der übrigen Berufszulassungs- und –ausübungskriterien, sowie statistischen Erhebungen (Gewerbemeldungen).

Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung:

Die Datenverarbeitung erfolgt nach Artikel 6 Abs.1 lit. a, c und e DS-GVO. Sie ist nach mindestens einer der genanntenRechtgrundlagen zulässig bzw. wegen rechtlicherVerpflichtungen erforderlich: §§ 11ff, 29,34f, 34h, 34i, 144,146,147c, 149, 153a GewO ggf. in Verbindung mit FinVermV und/oder ImmVermV, IHKG

Folgen bei Nichtbereitstellung der Daten durch die betroffene Person:

Die betroffene Person ist verpflichtet die personenbezogenen Daten zur Antragsbearbeitung bereitzustellen. Mögliche Folgen der Nichtbereitstellung bzw. Zurückhaltung von personenbezogenen Daten sind: **Eine Bearbeitung des Antrages auf Erteilung einer Erlaubnis nach §§ 34f, h und i GewO ist nicht möglich.**

Die Nichtbereitstellung der freiwillige Angaben führt zu keiner negativen Auswirkung. Bei einer Bereitstellung kann der Nutzung jederzeit schriftlich mit Wirkung für die Zukunft widersprochen werden.

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten: wenn die Notwendigkeit besteht

DIHK (Deutscher Industrie- und Handelskamertag e.V.) Vermittlerregister, zuständige Gewerbebehörden

Geplante Datenübermittlung in ein Drittland oder an eine internationale Organisation

☒ nein ☐ Ja

Speicherdauer der Daten, bzw. die Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer:

Die Speicherdauer für die erhobenen Daten richtet sich unter Beachtung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen nach Art. 5 Abs. 1 Buchst. e DS-GVO i.V.m. dem Akten- und Löschplan des Landkreises Saalekreis.

Information zu Betroffenenrechten

Auf **Ihre Rechte** zu Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Datenübertragbarkeit und Widerspruch bezüglich aller Ihrer verarbeiteten personenbezogenen Daten weisen wir Sie an dieser Stelle ausdrücklich hin. Rechtsgrundlagen hierfür sind die Art. 15 bis 21 DS-GVO.

Beruht die Verarbeitung personenbezogener Daten auf Ihrer Einwilligung, können Sie diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.

Sie haben das Recht Beschwerden beim Landesbeauftragten für Datenschutz zu erheben. Postanschrift: Landesbeauftragter für den Datenschutz Sachsen-Anhalt, Leiterstraße 9, 39104 Magdeburg, E-Mail: poststelle@lfd.sachsen-anhalt.de

Zur Kenntnis genommen

Datum: …… Unterschrift: ……